

# DDR-Lesben- und Schwulenbewegung

---

Teresa Tammer und Maria Bühner

Eine unabhängige Schwulen- und Lesbenbewegung war in der DDR kaum möglich. Vergemeinschaftungen fanden bis in die 1970er Jahre nur in privaten Kreisen oder in einzelnen Lokalen größerer Städte statt. Ab den 1980er Jahren entstanden Selbstorganisationen in den Räumen evangelischer Gemeinden sowie ab 1986 in staatlich geleiteten Jugendclubs. Der Kampf für die Rechte und gegen die Diskriminierung von Homosexuellen war damit einer der Selbstbehauptung, weil eigene Orte und die Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit immer erst erstritten werden mussten. Dabei wurden die sich organisierenden Schwulen und Lesben von der Staatssicherheit (Stasi) beobachtet und einzelne Personen mit geheimdienstlichen Methoden zersetzt, bedroht oder aus der Bewegung herausgedrängt.<sup>1</sup> Dieser Artikel zeichnet die Hauptentwicklungslinien der Schwulen- und Lesbenbewegung in der DDR nach. Eine queere, vergleichende oder intersektionale Betrachtung kann aufgrund der Kürze nicht geleistet werden.

## 1945 bis 1968: Disziplinierung und Netzwerke im Verborgenen

Der Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland 1945 bedeutete für Homosexuelle ein Aufatmen. Bestrafung und Ächtung gleichge-

---

1 Vgl. Teresa Tammer, »Verräter oder Vermittler? Inoffizielle Informanten zwischen Staatssicherheit und DDR-Schwulenbewegung«, in *Wessen »Wirklichkeit« und wessen »Wahrheit«? Das Geheimdienstarchiv als Quelle und Medium der Wissensproduktion*, Thomas Großbölting und Sabine Kittel (Hg.) (Vandenhoeck & Ruprecht, 2019), 107–123; Barbara Wallbraun, »DDR-Lesbengruppen im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit«, *Digitales Deutsches Frauenarchiv* (2018), <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/ddr-lesbengruppen-im-visier-des-ministeriums-fuer-staatssicherheit>, Zugriff am 29. August 2024.

schlechtlichen Begehrens blieben aber in beiden deutschen Staaten bestehen. In der DDR wurde 1950 die aus dem Jahr 1872 stammende Version des § 175 StGB wieder in Kraft gesetzt.<sup>2</sup> Zudem blieben die unter den Nationalsozialisten Verurteilten nach 1945 als Straftäter gebrandmarkt und wurden weder rehabilitiert noch entschädigt.<sup>3</sup> Nicht zu unterschätzen ist auch die stigmatisierende Wirkung, die von § 175 StGB weiterhin ausging und auch frauenbegehrende Frauen betraf.<sup>4</sup>

Die DDR knüpfte also nicht an die sexualreformerischen Positionen von KPD und SPD in der Weimarer Republik an, sondern orientierte sich an der Sowjetunion, die Homosexualität in den 1930er Jahren rekriminalisiert hatte.<sup>5</sup> Mit dem Sozialismus war zudem die Utopie von der Schaffung eines ›neuen Menschen‹ und einer ›sozialistischen Persönlichkeit‹ verbunden, zu der eine ›gesunde und saubere Sexualität‹ gehörte. Darunter verstand die sexuell konservative SED der Nachkriegszeit weiterhin die heterosexuelle monogame Ehe mit Kindern.<sup>6</sup> Die fortgesetzte Kriminalisierung von mann-männlicher

- 
- 2 Vgl. Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen (RGSt), Bd. 70, 225, zitiert nach: Gerhard Pauli, *Die Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen zwischen 1933 und 1945 und ihre Fortwirkung in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes* (De Gruyter, 1992), 222–223; Johannes A. J. Brüggemann, *Entwicklung und Wandel des Sexualstrafrechts in der Geschichte unseres StGB. Die Reform der Sexualdelikte einst und jetzt* (Nomos, 2013), 218–219; Günter Grau, »Return of the Past«, in *Journal of Homosexuality*, no. 4 (1999): 6.
- 3 Vgl. Andreas Pretzel, »Wiedergutmachung unter Vorbehalt und mit neuer Perspektive. Was homosexuellen NS-Opfern verweigert wurde und was wir noch tun können«, in *Ohnmacht und Aufbegehren. Homosexuelle Männer in der frühen Bundesrepublik*, Andreas Pretzel und Volker Weiß (Hg.) (Männerschwarm, 2011), 95–106. Zwischen 1957 und 1959 wurden insgesamt 1400 Männer nach § 175 und 175a StGB in der DDR verurteilt, 428 von ihnen nur nach § 175 StGB. Darüber hinaus ist kaum nachzuvollziehen, wie hoch die Verfolgungszahlen in den 1950er und 1960er Jahren waren. Vgl. Klaus Berndt, »Zeiten der Bedrohung: Männliche Homosexuelle in Ost-Berlin und der DDR in den 1950er Jahren«, in *Konformitäten und Konfrontationen. Homosexuelle in der DDR*, Rainer Marbach und Volker Weiß (Hg.) (Männerschwarm, 2015), 21.
- 4 Zu spezifischen DDR-Kontexten vgl. die Beiträge von Eugen Januschke und Ulrike Klöppel und die Quellenbeiträge von Adrian Lehne und Lotte Thaa sowie Madeline Adams in diesem Band.
- 5 Vgl. Jens Giersdorf, »Why Does Charlotte von Mahlsdorf Curtsy? Representations of National Queerness in a Transvestite Hero«, *GLQ: A Journal of Lesbian and Gay Studies* 12, Nr. 2 (2006): 173.
- 6 Vgl. Dagmar Herzog, *Die Politisierung der Lust* (Siedler, 2005), 234; Jennifer Evans, »Decriminalization, Seduction, and ›Unnatural Desire‹ in East Germany«, *Feminist Studies* 36, Nr. 3 (2010): 553–560.

Sexualität und die Tabuisierung von Homosexualität allgemein wurden u.a. mit dem ›Schutz‹ der Jugend begründet. Der These von der Verführbarkeit zur Homosexualität folgend sollte einer ›Propagierung‹ dieses ›Lasters‹ entgegengewirkt werden.<sup>7</sup> In der zeitgenössischen Aufklärungsliteratur wurde Homosexualität vor allem als Krankheit und Perversion dargestellt, die verhindert oder geheilt werden müsse. Damit übernahm die DDR trotz ihres antifaschistischen Selbstbilds Positionen der NS-Sexualwissenschaft.

Diese Ablehnung der Homosexualität fand ihr Echo auch in der weitverbreiteten Homosexuellenfeindlichkeit und in disziplinarischen Maßnahmen bei Bekanntwerden von gleichgeschlechtlichen Beziehungen. Es drohte der Verlust des Arbeits- oder Studienplatzes oder die Degradierung insbesondere in staatlichen Funktionen. Eine besondere Rolle spielten hierfür ab Ende der 1950er Jahre die gesellschaftlichen Gerichte.<sup>8</sup> Hinzu kamen lebenspraktische Probleme wie die Benachteiligung bei der Wohnungsvergabe sowie der Mangel an Möglichkeiten, einander kennenzulernen.

Das Resultat waren oft Isolation, Angst, Depressionen bis hin zum Suizid. Überhaupt Worte für das eigene Fühlen und Begehren zu finden, war unter diesen Bedingungen kaum möglich.<sup>9</sup> Zugleich schufen frauenpolitische Maßnahmen, die auf die Eingliederung von Frauen in die qualifizierte Erwerbsarbeit abzielten, sowie das ab 1966 liberalisierte Scheidungsrecht kleine Freiräume für selbstbestimmte lesbische Lebensentwürfe. Einige Schwule, Lesben und transgeschlechtliche Personen suchten und fanden Nischen abseits der öffentlichen Sphäre. In den größeren Städten gab es einzelne Kneipen und Lokale, die jedoch von der Volkspolizei und der Staatssicherheit überwacht und stets von Schließung bedroht waren.<sup>10</sup> Mit dem Mauerbau wurde für Ost-Berliner\*innen die beliebte West-Berliner Subkultur unzugänglich und Kontakte

7 Vgl. Günter Grau, »Sexualwissenschaft in der DDR«, in *Geschichte der Sexualwissenschaft*, Volkmar Sigusch (Hg.) (Campus, 2008), 505–506.

8 Vgl. Alexander Zinn, *Von »Staatsfeinden« zu »Überbleibseln der kapitalistischen Ordnung«. Homosexuelle in Sachsen 1933–1968* (V & R unipress, 2021), 14.

9 Vgl. Maria Borowski, *Parallelwelten. Lesbisch-schwule Leben in der frühen DDR* (Metropol, 2017), 238–249.

10 Vgl. Jens Dobler, »Volkspolizei und Homosexuelle«, in *Verzaubert in Nord-Ost. Die Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee, Sonntags-Club* (Hg.) (Bruno Gmünder, 2009), 257; Erik Huneke, *Morality, Law, and the Socialist Sexual Self in the German Democratic Republic, 1945–1972* (Dissertation an der University of Michigan, 2013), 131; Charlotte von Mahlsdorf, *Ich bin meine eigene Frau* (Edition diá, 1994), 122–137.

fanden ein abruptes Ende. Umso wichtiger wurden nun verschlüsselte Kontaktanzeigen sowie Privaträume, um sich zu treffen und die eigene sexuelle Identität offen auszuleben. Paare zogen sich in ihr Zuhause zurück. Zudem entstanden Freund\*innenkreise, die sich regelmäßig in Wohnungen und Gärten trafen, zum Beispiel um Tommy (Rita Thomas) und Helli in Ost-Berlin. Diese Orte waren keinesfalls sicher vor dem Zugriff der Sicherheitsbehörden, aber sie erfreuten sich großer Beliebtheit.<sup>11</sup> Aus diesen Kreisen entstanden ab den 1970er Jahren auch die politisch aktiven Gruppen.

Einer der wenigen, die in der frühen DDR lautstark Liberalisierungen in Bezug auf Homosexualität forderten, war der 1905 in Dresden geborene Arzt Rudolf Klimmer. Seit 1947 setzte er sich in zahlreichen Eingaben an staatliche Stellen sowie Artikeln, die mehrheitlich in der Bundesrepublik veröffentlicht wurden, für die Abschaffung des § 175 StGB ein. Als Arzt stand er Schwulen und Lesben in Sachsen zur Seite, die seine Sprechstunde aufsuchten und die er etwa bei Gerichtsprozessen unterstützte.<sup>12</sup>

## 1968–1982: Lockerungen im Strafrecht und die Gründung der Homosexuellen Interessengemeinschaft Berlin

Die Strafrechtsreform von 1968, die Aufbruchsstimmung durch den Amtsantritt Erich Honeckers sowie die Lockerungen im Grenzverkehr zwischen Ost und West waren wesentliche Faktoren, die 1973 zur Gründung der ersten aktivistischen Gruppe in der DDR führten. Bei der Reform waren drei Änderungen relevant: Die Streichung der §§ 175 und 175a sowie die Einführung der §§ 151 und 249 StGB. Der neu geschaffene § 151 stellte »sexuelle Handlungen«<sup>13</sup> – auch einvernehmliche – zwischen einer minder- und einer volljährigen, das heißt 18-jährigen, Person gleichen Geschlechts unter Strafe. Damit waren Frauen erstmals im deutschen Strafrecht von einer Kriminalisierung der Homosexualität betroffen. Im Fokus der juristischen Verfolgung waren jedoch weiterhin

11 Vgl. Andrea Rottmann, *Queer Lives Across the Wall: Desire and Danger in Divided Berlin, 1945–1970* (University of Toronto Press, 2023), 22–64.

12 Günter Grau, »Ein Leben im Kampf gegen den Paragraphen 175. Zum Wirken des Dresdener Arztes Rudolf Klimmer 1905–1977«, in *100 Jahre Schwulenbewegung. Dokumentation einer Vortragsreihe in der Akademie der Künste*, Manfred Herzer (Hg.) (Rosa Winkel, 1998), 46–64.

13 Ministerium für Justiz, *Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik* (Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1968), 59.

Männer.<sup>14</sup> Ein bisher wenig erforschtes Thema ist die mögliche strafrechtliche Verfolgung durch den ebenfalls neu eingeführten § 249 StGB, welcher die »Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch asoziales Verhalten«<sup>15</sup> unter Strafe stellte. Der Historiker Günter Grau resümiert: »Den Anspruch auf Disziplinierung hatte die SED mit dem Verzicht auf die strafrechtliche Verfolgung nicht aufgegeben, auch an der sittlichen Verurteilung der Homosexualität hielt sie fest.«<sup>16</sup> Gegen diese Disziplinierung begann sich Anfang der 1970er Jahre jedoch Widerspruch zu regen.

Die Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin (HIB) war die erste Gruppe, die sich in der DDR für die Erlaubnis einer Selbstorganisation und für Verbesserungen der Situation von Homosexuellen einsetzte. Peter Rausch und Michael Eggert gelten als ihre Gründer. Seit 1973 gehörten etwa zehn Männern und Frauen, die sich als Schwule und Lesben bezeichneten, dem engeren Kreis der HIB an. Sie organisierten Veranstaltungen in Gaststätten oder Privatwohnungen. Später traf sich die Gruppe im Gründerzeitmuseum bei der trans Frau Charlotte von Mahlsdorf, wo anlässlich von Faschings- oder Geburtstagsfeiern bis zu 200 Besucher\*innen zusammenkamen. Die HIB kontaktierte staatliche Stellen und die Medien in der DDR, um die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Homosexualität einzufordern. Ihr Ziel war auch, mehr Sichtbarkeit zu erlangen und damit an einem Wandel des bis dahin negativ geprägten Bild von Schwulen und Lesben mitzuwirken. Eine zentrale Forderung der HIB war zudem, ein sogenanntes »Kommunikationszentrum« einrichten zu können, wofür eine staatliche Genehmigung notwendig war, die jedoch nie gewährt wurde. Der Name HIB orientierte sich an westdeutschen Gruppen, etwa der Homosexuellen Aktion Westberlin (HAW). Der Begriff Interessengemeinschaft stammte aus dem Zivilgesetzbuch der DDR und signalisierte die Loyalität gegenüber dem SED-Staat und den Wunsch, von diesem als innerhalb der sozialistischen Ordnung stehend wahrgenommen zu werden.<sup>17</sup> Offiziell anerkannt wurde die HIB allerdings

14 Vgl. Christian Sachse, »Historische Aspekte sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen in der DDR«, in *Sexueller Missbrauch in der DDR: Historische, rechtliche und psychologische Hintergründe des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen in der DDR*, Christian Sachse, Stefanie Knorr und Benjamin Baumgart (Hg.) (Springer, 2018), 75–77.

15 Ministerium für Justiz, *Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik*, 89.

16 Günter Grau, »Liberalisierung und Repression: Zur Strafrechtsdiskussion zum § 175 in der DDR«, *Zeitschrift für Sexualforschung* 15, Nr. 4 (2002): 333.

17 Vgl. Josie McLellan, »Glad to be Gay Behind the Wall: Gay and Lesbian Activism in 1970s East Germany«, *History Workshop Journal* 74, Nr. 1 (2012): 105–130; Teresa Tammer, »In

nicht, sie war immer nur geduldet. Wie jede andere Initiative von unten wurde sie außerdem geheimdienstlich beobachtet. Die Duldung der HIB endete im April 1978, als in Mahlsdorf ein erstes DDR-weites Lesbentreffen stattfinden sollte. Das ging den Behörden zu weit und sie verbot jede weitere Aktivität der HIB in Mahlsdorf.<sup>18</sup> Die Organisatorin Ursula Sillge und andere Mitstreiter\*innen aus der HIB blieben aber weiterhin aktiv und gründeten Mitte der 1980er Jahre den Sonntags-Club in Ost-Berlin, der bis heute existiert.

### 1982–1990: Entwicklung der Schwulen- und Lesbenbewegung in der Fürsorgediktatur

In den 1980er Jahren konnte sich die DDR-Schwulen- und Lesbenbewegung vor allem unter dem Dach evangelischer Gemeinden neu organisieren, ausweiten und DDR-weit vernetzte Strukturen etablieren. Ab 1982 stellten einzelne Pfarrer\*innen den sich selbst so bezeichnenden Arbeitskreisen Homosexualität Räume für regelmäßige Treffen zur Verfügung, wo sie bis zu einem gewissen Grad vor dem Zugriff des Staates geschützt waren und auch die kirchliche Infrastruktur nutzen konnten. Innerhalb der evangelischen Landeskirchen und in den einzelnen Gemeinden waren die Arbeitskreise nicht unumstritten; zumal es keine eindeutige Position zu Homosexualität gab.<sup>19</sup> Viele Schwule und Lesben hatten ebenfalls Vorbehalte gegenüber den Kirchen, da sie ihnen Homosexuellenfeindlichkeit unterstellten oder aus sozialistischer Überzeugung bzw. aus Angst vor Repressionen die Kirchen eher mieden.

Die Initiator\*innen der Arbeitskreise waren überwiegend Theolog\*innen oder theologisch ausgebildete Personen wie Eduard Stapel in Leipzig und später Magdeburg, Christian Pulz in Leipzig und später Berlin sowie Karin Dauheimer in Dresden. Die Besucher\*innen ihrer Veranstaltungen dagegen verstanden sich mehrheitlich noch nicht einmal als Christ\*innen. Es waren

---

engen Grenzen und über die Mauer. Selbstbilder und Selbstbehauptungsstrategien der Homosexuellen Interessengemeinschaft Berlin (HIB) 1973–1980«, *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 29, Nr. 2 (2018): 132–152.

18 Vgl. Ursula Sillge, *Un-Sichtbare Frauen. Lesben und ihre Emanzipation in der DDR* (Links, 1991), 90–91.

19 Vgl. Klaus Fitschen, *Liebe zwischen Männern? Der deutsche Protestantismus und das Thema Homosexualität* (Evangelische Verlagsanstalt 2018), 88–89.

Menschen unterschiedlichen Alters, in der Mehrzahl weiß, verschiedener Bildungshintergründe und Berufsgruppen mit oder ohne SED-Mitgliedschaft, die sich regelmäßig in den Räumen der Kirche trafen.<sup>20</sup> Die Arbeitskreise standen alle unter dem Druck, sowohl die Kirche von der Notwendigkeit ihrer Arbeit zu überzeugen, als auch den staatlichen Behörden keinen Anlass zu geben, ihre Treffen zu verbieten. Die Aktivist\*innen durften nicht öffentlich auf sich aufmerksam machen. Sie erstellten lediglich Info- und Programmblätter, die mit dem Zusatz »nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch« versehen sein mussten.<sup>21</sup> Bis Sommer 1989 entstanden rund 29 schwule, lesbische und gemischte Arbeitskreise. Hinzu kamen einzelne nicht-kirchlich angebundene Clubs, die sich ab 1986 in staatlichen Jugend- und Kulturhäusern treffen durften.<sup>22</sup> Dazu gehörten der Sonntags-Club in Ost-Berlin, die Clubs Gerede in Dresden und RosaLinde in Leipzig.<sup>23</sup> Die Organisator\*innen der Clubs, wie etwa Kai Werner in Dresden, waren häufig zuvor in den Arbeitskreisen aktiv und verließen diese in der Absicht, innerhalb staatlicher Strukturen sichtbar zu werden. Um den Staat von ihrer Loyalität zu überzeugen, versuchten die Clubs sich auch von den Arbeitskreisen abzugrenzen.<sup>24</sup> Allerdings gab es hier immer Kontakte, personelle Überschneidungen und auch gemeinsame Projekte. So riefen 1987 Männer und Frauen aus den Arbeitskreisen und Clubs eine Zentrale AIDS-Arbeitsgruppe ins Leben.<sup>25</sup>

Trotz der stark eingeschränkten Möglichkeiten fanden die Gruppen Mittel und Wege, Schwulen und Lesben ein Angebot der Unterstützung zu machen und auf die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen hinzuwirken. Die Arbeit nach innen war geprägt durch Veranstaltungen wie Lesungen, gemeinsame Ausflüge, Musikabende und Vorträge zu unterschiedlichen Themen. Zentral

- 
- 20 Vgl. Raelynn J. Hillhouse, »Out of the Closet behind the Wall: Sexual Politics and Social Change in the GDR«, *Slavic Review* 49, Nr. 4 (1990): 594.
- 21 Vgl. Kristine Schmidt, »Lesben und Schwule in der Kirche«, in *Verzaubert in Nord-Ost. Die Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Prenzlauer Berg*, Pankow und Weißensee, Sonntags-Club (Hg.) (Bruno Gmünder, 2009), 198–220.
- 22 Vgl. Robert-Havemann-Gesellschaft und GrauZone MKr-04, o.A. Arbeitskreise Homosexualität in der DDR, Stand Juni 1989.
- 23 Vgl. Dominik Heck, *Homosexualität in der DDR*, (Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 2012) 53–59.
- 24 Vgl. Tammer, »Warme Brüder« im Kalten Krieg, 152–155.
- 25 Vgl. Ingo Schmahl, »AIDS in der DDR«, in *Verzaubert in Nord-Ost. Die Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Prenzlauer Berg*, Pankow und Weißensee, hg. Sonntags-Club (Gmünder, 2009), 268.

waren daneben Gesprächskreise und Coming-Out-Gruppen. In diesen Selbsterfahrungsgruppen wurde deutlich, dass die erlebte Diskriminierung, die Isolation und das Fehlen von Worten keinesfalls individuelle, sondern geteilte Erfahrungen waren. Diese Arbeit nach innen diente auch der Selbstvergewisserung und Politisierung und wirkte mit an der Schaffung einer kollektiven Identität als Lesben und Schwule. Diese Identitätsbildung ging auch einher mit Konflikten, zunächst in einigen Städten zwischen Lesben und Schwulen, gekoppelt an den Vorwurf von männlichem Dominanzverhalten. Als in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts immer mehr Lesbengruppen nach dem Vorbild der 1982 gegründeten Ost-Berliner Lesben in der Kirche entstanden, die sich in die unabhängige Frauenbewegung der DDR einbrachten, kam es auch zu Konflikten zwischen Lesben und Heteras.<sup>26</sup>

In der Arbeit nach außen standen Vernetzung und eine erinnerungspolitische Auseinandersetzung mit der Homosexuellenverfolgung im Nationalsozialismus im Fokus. Die Fahrten in die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, um dort an die verfolgten Homosexuellen mit Kranzniederlegungen und Einträgen in die Gästebücher zu erinnern, boten eine der wenigen Möglichkeiten, die Kirchenöffentlichkeit zu verlassen und darüber hinaus sichtbar zu werden. Der Staat reagierte mit Überwachung und bisweilen Polizeigewalt.<sup>27</sup> DDR-weite Netzwerke wurden auch über die ab 1985 jährlich stattfindenden Frauenfeste und Lesbenfeste aufgebaut und über Tagungen, einen Koordinierungskreis, Kirchentage sowie über Freund\*innen- und Partner\*innenschäften.<sup>28</sup> Für die Lesbenbewegung war die Lesbenzeitschrift *frau anders* von großer Bedeutung, welche von 1989 bis 1993, zunächst als Samizdat, in Jena unter anderem von Bärbel Klässner mit herausgegeben wurde.<sup>29</sup> Austausch und Zusammenarbeit gab es auch mit der DDR-Oppositions- und Bürgerrechtsbewe-

26 Vgl. Maria Bühner, »The Rise of a New Consciousness: Lesbian Activism in East-Germany in the 1980s«, in *The Politics of Authenticity: Counter-Culture and Radical Movements Across the Iron Curtain (1968–1989)*, Joachim Häberlein, Mark Keck-Szajbel und Kate Mahoney (Hg.) (Berghahn, 2019), 153–166.

27 Vgl. Maria Bühner, »Die Kontinuität des Schweigens: Das Gedenken der Ost-Berliner Gruppe Lesben in der Kirche in Ravensbrück«, *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 29, Nr. 2 (2018): 111–131.

28 Vgl. Maria Bühner, »In Bewegung: Netzwerke der Lesbengruppen in der DDR in den 1980er-Jahren«, in *Digitales Deutsches Frauenarchiv*, <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/bewegung-netzwerke-der-lesbengruppen-der-ddr-den-1980er-jahren> (Zugriff am 16. September 2024).

29 Vgl. Eva Sänger, »Lieber öffentlich lesbisch als heimlich im DFD«. Die Samizdat-Publikation *frau anders* in der DDR 1988/89«, in *Öffentlichkeiten und Geschlechterverhältnisse*.

gung. Zudem arbeiteten einige Aktivist\*innen ab Mitte der 1980er mit Journalist\*innen und Wissenschaftler\*innen zusammen.<sup>30</sup>

Die Netzwerke blieben nicht auf die DDR beschränkt. Von herausgehobener Bedeutung war die Vernetzung mit Gruppen und Einzelpersonen in der Bundesrepublik und West-Berlin, wobei das Verhältnis zwischen Annäherung und Abgrenzung changierte – auch über den Fall der Mauer hinaus.<sup>31</sup> Hinzu kamen Kontakte in andere Länder, beispielsweise über den International Lesbian Information Service (ILIS) und die International Lesbian and Gay Association (ILGA).<sup>32</sup> Im Auftrag der ILGA entstand 1981 auch der Eastern Europe Information Pool.<sup>33</sup> Es waren besonders diese internationalen Kontakte, welche die Bewegung auf den Radar der Staatssicherheit brachten und dort Angst vor einer »Vereinnahmung durch feindlich-negative Kräfte« schürten.<sup>34</sup>

Ganz im Sinne der Fürsorgediktatur verfolgte die SED ab Mitte der 1980er Jahre die Strategie der sogenannten »Integration« mit dem Ziel, Schwule und Lesben besser kontrollieren zu können und sie stärker an die sozialistische Gesellschaft zu binden. Eine wichtige Rolle dabei spielte der internationale Wandel in den Sexualwissenschaften, der auch in der DDR zu einer Neubewertung von Homosexualität in den 1970er und 1980er Jahren führte.<sup>35</sup> Der Staat ging also kleine Schritte auf die Homosexuellen zu. Dafür wurde 1984 die interdisziplinäre Arbeitsgruppe Homosexualität an der HU Berlin gegründet und in den folgenden Jahren verschiedene ihrer Vorschläge umgesetzt: Die Benachteiligung bei der Wohnungsvergabe wurde beseitigt, gleichgeschlechtliche Kon-

---

*Erfahrungen Politiken Subjekte*, Susanne Lettow, Ulrike Manz und Katja Sarkowsky (Hg.) (Ulrike Helmer Verlag, 2005), 159–183.

- 30 Vgl. Kristine Schmidt, »Workshop: Psychosoziale Aspekte der Homosexualität«, in *Verzaubert in Nord-Ost. Die Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee*, Sonntagsclub (Hg.) (Bruno Gmünder, 2009), 228–230. Siehe auch Beitrag »Bewegungszeitschrift« *Lesbische Transen – ich bin eine von ihnen* (1991) von Maria Bühner in Band II.
- 31 Vgl. Tammer, »Warme Brüder« im Kalten Krieg, 2023.
- 32 Vgl. Spinnboden Lesbenarchiv, ILIS secretariat (1983) *Lesbians in the German Democratic Republic*, in *ILIS newsletter 9, 2 und ILIS Secretariat* (1983); *Meeting Lesbians in the GDR*, in *ILIS newsletter 10*, 1.
- 33 Vgl. Magda Wlostowska, »Der erste schwul-lesbische Newsletter der Volksrepublik Polen – ein Beispiel für transnationale politische Interaktionen«, *Themenportal Europäische Geschichte*, 2019, <https://www.europa.clio-online.de/essay/id/fdae-1982>.
- 34 Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS, BVfS Potsdam, AKG, Nr. 260, Bl. 27–29.
- 35 Vgl. Birgit Waberski, *Die großen Veränderungen beginnen leise. Lesbenliteratur in der DDR und den neuen Bundesländern* (Ed. Ebersbach, 1997), 42–49.

taktanzeigen wurden wieder erlaubt, es wurde zu mehr ›Toleranz‹ gegenüber Schwulen und Lesben aufgerufen – etwa mit dem Dokumentarfilm *Die andere Liebe* (1988) – und Homosexualität wurde zu einem Thema in den Ehe- und Sexualberatungsstellen.<sup>36</sup> Als Höhepunkt der sogenannten ›Integration‹ kann die von der Volkskammer der DDR am 14. Dezember 1988 beschlossene Streichung des § 151 aus dem Strafgesetz gelten, die das Ende der strafrechtlichen Diskriminierung von homosexuellen Männern und Frauen in der DDR bedeutete und am 1. Juli 1989 in Kraft trat.<sup>37</sup>

### 1990–1994: Aufbrüche unter veränderten Vorzeichen

Der Mauerfall ermöglichte der Schwulen- und Lesbenbewegung in der DDR einen beispiellosen Aufbruch. Die Aktivist\*innen fanden sich plötzlich innerhalb neuer Handlungsspielräume wieder. Gruppen und Initiativen, die bis dahin des Schutzes der Kirche bedurften oder in staatlich gelenkten Clubhäusern geduldet waren, konnten sich nun unabhängig organisieren und ihre Existenz durch die Gründung von Vereinen rechtlich absichern. Mitte des Jahres 1990 sollen es bereits mehr als 50 Vereine und Zusammenschlüsse gewesen sein, darunter waren auch eigenständige AIDS- oder Trans-Initiativen.<sup>38</sup> 1989/90 saßen schwule und lesbische Aktivist\*innen auch an den Runden Tischen. Es kam also zu einer umfangreichen Mobilisierung, in der sich die Trennung zwischen Schwulen- und Lesbenbewegung weiter manifestierte. Viele Aktivist\*innen aus der Lesbenbewegung brachten sich in den Unabhängigen Frauenverband (UFV) ein, um dafür zu sorgen, dass u.a. am Zentralen Runden Tisch frauenpolitische Forderungen wie eine Sozialcharta und der Schutz für Lesben und Schwule vor Diskriminierung berücksichtigt werden. Diese Forderungen

36 Vgl. Kristine Schmidt, »Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe ›Homosexualität: an der HU Berlin‹«, in *Verzaubert in Nord-Ost. Die Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee*, Sonntags-Club (Hg.) (Bruno Gmünder, 2009), 222–227.

37 Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Januar 1968, geändert durch das Gesetz vom 14. Dezember 1988.

38 Vgl. Schwules Museum\*, DDR, Kirchliche Arbeitskreise Homosexualität, Nr. 4; o.A., »Im Osten viel Neues«, *Lambda Nachrichten; Zeitschrift der Homosexuellen Initiative Wien* 3, (1990): 56. Siehe auch »Quellenkommentar Infoblatt zu »Transen Power« (ca. 1990)« von Madeline Adams in diesem Band.

fanden auch Eingang in den neuen, aber letztlich gescheiterten Verfassungsentwurf für eine reformierte DDR. Was erreicht werden konnte, war die Verankerung eines Diskriminierungsverbots aufgrund der »sexuellen Identität« in einigen ostdeutschen Landesverfassungen, etwa in Brandenburg 1992, in Thüringen 1993 und in Berlin 1995.<sup>39</sup>

Bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 errang Christian Schenk, damals noch als lesbische Frau geoutet, ein Mandat für den UFV. Im Bundestag fand sich Christian Schenk in der Opposition wieder. In den Nachwendejahren hatten emanzipatorische politische Forderungen einen schweren Stand. Statt Fortschritten gab es Rückschritte etwa durch die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland, die Frauen insgesamt stärker betraf als Männer, durch die Streichung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch, das Damoklesschwert des bundesdeutschen § 175, das restriktive Transsexuellengesetz (TSG) und die erstarkte Neonazigewalt. Letztlich kann die parlamentarische Strategie des UVF als weitgehend gescheitert eingeordnet werden.<sup>40</sup> Die lesbische trans Frau Nadja Schallenberg konnte vor dem Bundesverfassungsgericht die Absenkung der Altersgrenze für die Vornamensänderung im TSG erstreiten.<sup>41</sup> Aus der Schwulenbewegung heraus wurde im Februar 1990 der Schwulenverband in Deutschland (SVD) gegründet, der bald bundesweit aktiv wurde.<sup>42</sup> Ein früher Erfolg des SVD war, dass der bundesdeutsche § 175 StGB nicht auf die neuen Bundesländer übertragen und 1994 ganz aus dem Strafgesetz gestrichen wurde. Der bis heute bestehende LSVD+ –Verein für queere Vielfalt e.V., dessen Wurzeln in den Arbeitskreisen Homosexualität in der DDR liegen, ist ein Beispiel für eine Ostgründung, die es geschafft hat, sich im vereinigten

---

39 Vgl. Franziska Rauchut, »Lesben in Bewegung: Der Werdegang der DDR- und BRD-Lesbenbewegungen nach 1989«, in *Das Übersehenwerden hat Geschichte: Lesben in der DDR und in der friedlichen Revolution. Tagungsdokumentation*, von Daniela Zocholl und Susanne Diehr (Hg.) (Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt und Gunda-Werner-Institut, 2015), 73–74.

40 Vgl. Filiz Gisa Çakır, »Christian Schenk« Digitales Deutsches Frauenarchiv, <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/christian-schenk> Zugriff am 18. September 2024.

41 Vgl. Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum (FFBIZ), M Rep. Berlin 20.1 Perspektiven auf 1989 – 8, *Zeitzeug\*innen-Interview mit Nadja Schallenberg* durchgeführt von Andrea Rottmann am 12. Juni 2020 im Rahmen des Projektes *Zeitzeuginnengespräche – 1989/90 aus lesbisch/feministischer Perspektive*.

42 Zu weiteren Facetten vgl. den Beitrag von Adrian Lehne »Aktion Standesamt« in diesem Band.

Deutschland zu etablieren. Der Gesprächskreis Homosexualität, der sich bis heute in der Adventgemeinde in Berlin trifft, der Sonntags-Club in Berlin oder die Vereine Gerede in Dresden und RosaLinde in Leipzig sind weitere Beispiele für die Kontinuität von ostdeutschen Gruppen. Viele andere, vor allem der seit dem Mauerfall neu gegründeten Initiativen, überdauerten die 1990er Jahre dagegen nicht.

## Fazit

Auch wenn es beim Lesen dieses kursorischen Überblicks auf den ersten Blick anders scheint: Es gibt noch viel zu tun in der Erforschung und Aufarbeitung der ostdeutschen queeren Bewegungsgeschichte. Als Forschungsdesiderate stechen besonders der lesbisch-schwule Aktivismus jenseits von Ost-Berlin und auch Netzwerke und Gruppen transgeschlechtlicher Menschen hervor. Hinzu kommt der Mangel an intersektionalen Perspektiven und Quellen sowie eine systematische Erforschung der Nachwendejahre. Zum Schließen dieser Lücken lassen sich mit Blick auf Projekte der letzten zehn Jahre verschiedene Vorgehensweise empfehlen: Lokalstudien mit breiten Archivrecherchen, auch in Stadt-, Landes- und Bewegungsarchiven, partizipative Forschungsprojekte, Interviewprojekte, die Erschließung privater Sammlungen und Ansätze der Public History. Es sollten in der Erforschung der Bewegungsgeschichte auch Transfers berücksichtigt werden, um der transnationalen Dimension dieser Geschichte gerecht zu werden. Queere ostdeutsche Geschichte sollte zudem einen Platz im kollektiven Gedächtnis finden über Gedenkzeichen im öffentlichen Raum und Veranstaltungen sowie Ausstellungen, die sich an die breite Öffentlichkeit richten.<sup>43</sup>

---

43 Einige dieser Impulse setzen wir Autorinnen auch gerade um in noch nicht veröffentlichten Forschungen zum Arbeitskreis Homosexualität Dresden, lesbischem Aktivismus in Leipzig in den 1990er Jahren und zur frau anders. Weiterführende Überlegungen zum Forschungsstand, zur Quellenlage und zu Projekten finden sich auch in Maria Bühner, *Rebellion und Zärtlichkeit. Zur Geschichte lesbischen Lebens in der DDR* (Fachbereich für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) des Senat Berlin, 2024) und Tammer, »Warme Brüder« im Kalten Krieg, 4–30.